

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2015

Verfasser: Andreas Hauri

Erfolg für ein glp-Postulat für ein Kasernenareal ohne polizeiliche Nutzung

Die Ratssitzung begann wenig inspirierend. Gleich beide glp Vorstösse (Vermeidung von Lebensmittelverschwendung sowie die Gemeindefusions-Offensive) wären zwar vom Regierungsrat entgegengenommen worden, allerdings wurde von Ratsmitgliedern eine Diskussion verlangt. Somit sind beide Postulate auf unbestimmte Zeit verschoben. Dafür können wir sie dann begründen - und so den Rat von der Wichtigkeit dieser Anliegen zu überzeugen versuchen.

Dezentralisierung von Arbeitsplätzen in der kantonalen Verwaltung (Thomas Wirth)

Die Forderung nach mehr Home Office, Mehrfachbelegung von Arbeitsplätzen, mehr individuelle Arbeitszeiten und – Orte, fand im Rat eine Mehrheit. Der RR will im Rahmen seiner Personalpolitik die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern und wo sinnvoll auch alternative Arbeitsplatz-Modelle anbieten. Die glp unterstützt diese Varianten um den Pendel-Verkehr stärker einzudämmen und den heutigen Bedürfnissen gerechter zu werden.

Nachtzielgeräte für die Schwarzwildjagd (Judith Bellaiche)

Die Vorlage beruht auf einem Postulat, das den Einsatz von Nachtsichtzielgeräte für die Jagd von Wildschweinen erlaubt. Diese sind gemäss Bundesrecht verboten, jedoch können die Kantone Ausnahmen erlauben. Der Regierungsrat ist der Meinung, mit diesem Spielraum könne der Einsatz der Geräte bedarfsgerecht ermöglicht werden. Die Baudirektion, aber auch die Jäger, sind einhellig der Meinung, dass diese Nachtzielgeräte eine erhebliche Entlastung sind für die Tiere, da sie die Treffsicherheit erhöhen und unnötige Verletzungen und Leiden der Tiere vermeide. Aus keinem Kreis wurden Bedenken gegenüber dem Einsatz dieser Geräte vermeldet.

Klimawandel – Auswirkungen auf die Energieproduktion (Thomas Wirth)

Zwei Interpellationen wollten vom Regierungsrat die Auswirkungen des Klimawandels auf die Energieproduktion sowie den Gewässerschutz, die Landwirtschaft und die Gesundheit aufgezeigt haben.

Die Ausführungen des Regierungsrates sind nicht zufriedenstellend (allerdings waren auch die Fragen wenig präzise). So hat der Regierungsrat in seiner Antwort die Verbrauchsseite überhaupt nicht berücksichtigt (mehr Stromverbrauch für Kühlung bei steigender Hitze etc.). Die spürbaren Veränderungen treffen uns vor allem im Sommer (extreme Hitze) und weniger im Winter und so werden heutige Ausnahmesituationen zukünftig normal sein. Wasser wird zum Problem (grössere Hitze und weniger Wasser v.a. in Kleingewässern), die Biodiversität leidet (z.B. Aeschen, gewisse Fische). Jetzt muss aus Sicht der Grünliberalen die Bewirtschaftung des Gewässerraums neu definiert werden (aktive Beschattung und damit Kühlung des Wassers).

Die ausgelöste Grundsatzdebatte unterstrich die aktuellen Mehrheitsverhältnisse im Rat, d.h. Umweltthemen haben einen sehr schwierigen Stand.

Ehrliche Umsetzung des PJZ Gesetzes (Cyrill von Planta)

Wir Grünliberalen weisen seit Jahren auf die unbefriedigende Planung des PJZ hin und fordern Zeit die Freigabe des Kasernenareals für die Öffentlichkeit. Der Regierungsrat beansprucht – entgegen seinem Abstimmungs-Versprechen – jetzt doch den Platz des Kasernenareals für eigene Zwecke, ein klares Zeichen für eine Fehlplanung. Zudem fehlen jegliche Varianten oder Ideen um die bewilligte Fläche des PJZ besser zu nutzen (mobile Arbeitsplätze)

Neue Lösungen sind gefragt, evtl. auch die Abgabe des Kasernenareals an die Stadt im Baurecht.

Das glp Postulat wurde mit 113:56 erfreulicherweise deutlich überwiesen.

Humanitäre Hilfe für Familien auf der Flucht (Christoph Ziegler)

Das von der glp Mitunterzeichnete dringliche Postulat verlangt eine rasche und unbürokratische zusätzliche Unterstützung für die Betroffenen. Konkret sollen Fr. 500'000.- aus dem Lotteriefonds dem Roten Kreuz zu Gunsten der Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellt werden.

Es ist klar, der Kanton Zürich kann das Flüchtlingsproblem nicht alleine lö-

sen. Trotzdem soll hier ein minimales humanitäres Zeichen gesetzt werden für die betroffenen Familien auf ihrem Weg nach Europa. Angesichts unserer Situation in der Schweiz, angesichts des unvorstellbaren Elends zum Beispiel in Syrien, angesichts unserer humanitären Tradition (auf die wir uns ja gerne berufen) ist Hilfe sogar ein Muss. Schlussendlich wehrte sich nur die SVP und die Überweisung war deutlich.

Jokertage für alle (Christoph Ziegler)

In dieser Einzelinitiative verlangen Jugendliche (vertreten durch einen Lehrer) bis zu 2 Jokertage pro Jahr welche an der Kantonsschule frei eingesetzt werden können.

Wir Grünliberalen unterstützen das Engagement dieser jungen Mitbürger, zumal an der Volksschule diese bereits etabliert sind.

Fakt ist, dass gerade das unterschiedlich strenge Absenzenwesen an den verschiedenen Mittelschulen zu grotesken Situationen führt. 4 Schülerinnen aus verschiedenen Mittelschulen tanzen bei einem Ensemble mit, das eine kurze Tournee nach England unternimmt. Während 2 diese Absenz von ihrer Schule bewilligt bekommen, zeigen die 2 anderen am Montag nach der Tournee einfach ihr Entschuldigungsbüchlein, wo drin steht, dass sie am Donnerstag und Freitag krank waren.

Wir Grünliberale sind für Transparenz. Wir Grünliberale sind für Gleichbehandlung. Wir Grünliberalen stimmen trotz einiger Vorbehalte dieser Einzelinitiative zu. Dies taten weitere 108 Ratsmitglieder und damit ist die Initiative zu Stande gekommen.

Keine Sozialhilfe mehr nach SKOS für vorläufig Aufgenommene, Status F (Cyrill von Planta)

Die Parlamentarische Initiative der SVP verlangt, wonach vorläufig Aufgenommene nicht weiterhin nach den Richtlinien der SKOS mit Sozialhilfe entschädigt werden sollen. Vorläufig Aufgenommene sollen sich selber um Ihre Integration und Aufnahme bemühen und nicht durch falsche Anreize und durch gleiche Unterstützungsansätze wie bei Aufgenommenen belohnt werden. Integrationswillige sollen sich um ihren Status durch Eigenverantwortung und Initiative bemühen. Die Finanzhaushalte der Gemeinden und Kanton werden zudem wieder entlastet. Ein Teil der Grünliberalen Fraktion unterstützt dieses Anliegen, der andere Teil ist der Meinung, dass bei der Sozialhilfe alle gleich gestellt sein sollen. Die Initiative wurde mit 84 Stimmen vorläufig unterstützt. Damit geht das Geschäft in eine Kommission zur vertieften Prüfung - und für eine neue gesetzliche Grundlage braucht es dann eine Mehrheit im Rat.

Anforderungen für KESB Mitglieder (Jörg Mäder)

Die SVP verlangt mit dieser Parlamentarischen Initiative, dass zukünftig die KESB nebst Fachprofis (v.a. Juristen) auch aus Personen, welche aufgrund ihrer Lebenserfahrung für dieses Amt geeignet sind, zusammen gesetzt sein soll. Die Grünliberalen lehnen diese Forderung ab, hat Lebenserfahrung doch grundsätzlich nichts mit der Ausbildung zu tun. Auch wenn die Gemeinden Optimierungen bei der KESB verlangen, würde mit diesem Vorstoss kein Problem gelöst.

Insgesamt unterstützten glücklicherweise nur 56 Parlamentarier diesen Vorstoss. Dieser ist damit erledigt.